

Die sozialdemokratischen Besprechungen in Berlin.

N. Berlin, 21. April. (Priv.-Tel.) Am Schluß seiner (im Ersten Morgenblatt) wiedergegebenen Ausführungen beschäftigte sich Scheidemann mit der russischen Revolution. Die Entente habe das Märchen verbreitet, die deutschen Truppen seien über das revolutionäre Rußland her. Jedermann bei uns wisse, daß kein Wort davon wahr sei. Bei aller Freude über die politischen Erfolge in Rußland dürfe man nicht vergessen, daß jetzt in Rußland leider nicht allein Tscheche und Kowenski maßgebend seien. Miljutow und Gutschkow wollten zwar die Demokratie, aber auch den Sieg, bei dem sie ihre sehr weitgesteckten Kriegsziele durchsetzen könnten. Jeder Vergleich zwischen den Verhältnissen in Rußland und in Deutschland sei unmöglich. Daher seien auch alle Ratschläge unangebracht, das russische Beispiel nachzuahmen. Die Frage, ob die russische Revolution uns dem Frieden näherbringe, bejahete Scheidemann unbedingt. Bedauerlich sei, daß eine Anzahl von Sozialisten aus den Ländern der Entente sich bemühten, den gesunden Sinn der Arbeiter zu verwirren. Undurchsichtig sei auch die Rolle, die Branting in Petersburg gespielt habe. Der sozialdemokratische Parteivorstand habe sich jedenfalls nach wie vor bemüht, die Verbindung mit dem neutralen Ausland und mit den Sozialisten in Rußland zu suchen. Das Bemühen gehe selbstverständlich darauf hin, den allgemeinen Frieden so schnell als möglich herbeizuführen. Gelinge das nicht, dann werde natürlich auch ein Sonderfriede mit Rußland akzeptiert. Vor überschwänglichen Hoffnungen müßte aber gewarnt werden. Scheidemann geistelte auch, daß Frankreich und England russischen Parlamentariern nicht erlaubt hätten, über die Grenze zu gehen, die russischen Emigranten in der Schweiz hätten deshalb ihren Weg über Deutschland wählen müssen. England übe in den skandinavischen Ländern einen großen Druck aus; es herrsche auch zum Teil in Rußland. Wenn von Schweden oder Dänemark jemand nach Rußland wolle, genüge nicht der russische Paß. Erforderlich sei auch die Erlaubnis des englischen Gesandten. Scheidemann begründete schließlich die später einstimmig angenommene Resolution.

An das Referat Scheidemanns schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der die Osterbotschaft besprochen wurde. Viele Klagen über die Ernährungschwierigkeiten wurden laut. Die Regierung habe nicht genügende Energie gezeigt. Von Gewerkschaftsführern wurde über die wilden Streiks gellacht. Der Gewerkschaftler Robert Schmidt meinte, es dürfe nicht übersehen werden, daß das Unternehmertum über die Handhabung des Hilfsdienstgesetzes ungehalten sei und es garnicht so ungern sehen würde, wenn die Munitionsindustrie militarisert würde, wozu planlose Streiks nach seiner Ansicht schließlich führen könnten. Es beständen schwere Gefahren, wenn diese Streiks über den Rahmen eines Demonstrationstreiks gegen Lebensmittelschwierigkeiten hinausgingen. Die Hoffnungen der Feinde auf einen Zusammenbruch Deutschlands würden dadurch gestärkt. Derselbe Gedanke wurde auch von anderen Rednern vertreten. Der Arbeitersekretär König aus Dortmund sagte, daß man im rheinisch-westfälischen Industriebezirk durch mündliche Besprechungen mit dem Unterstaatssekretär Michaels erreicht habe, was jetzt in Berlin nach dem Streik in Aussicht gestellt worden sei.

In seinem Schlusswort kam Scheidemann ebenfalls auf die wilden Streiks zu sprechen und führte aus:

„Die größte Gefahr für einen baldigen Frieden besteht meines Erachtens in sogenannten wilden Streiks. Wenn es jemanden gibt, der die Stimmung des Volkes richtig einschätzt, dann sind wir es, die wir mitberufen sind, schwere Verantwortungen zu tragen. Verständlich sind diese Bewegungen; gewiss aber ist es, an der Not des Volkes in dieser schweren Zeit Parteiführern folgen zu wollen. Wir wissen, daß in den Versammlungen der Streikenden solche Verjüngung gemacht werden sind. Wir wissen freilich auch, daß eine Anzahl dieser Versammlungen es abgelehnt hat, sich mit politischen Dingen und Parteiführern zu beschäftigen, weil das dem Frieden unter seinen Umständen dienen könne. Solche Streiks könnten neben der schlimmen Wirkung im Auslande das Vertrauen des eigenen Volkes in die Kraft unserer Abwehr erschüttern. Im Auslande steigern sie zweifellos die Hoffnungen und verlängern den Krieg. Selbst der russische revolutionäre Arbeiterrat hat dieser Tage zugleich mit seinem Friedensbeschluss die Arbeiter aufgefordert, die Munitionsbereitstellung zu sichern, solange der Krieg dauert. Was für die anderen gilt, gilt auch für uns. Wir müssen die Arbeiter vor dem Mißbrauch ihres Unwillens zu parteipolitischen Zwecken warnen, zumal solche Streiks die wertvollen Rechte, die wir beim Hilfsdienstgesetz für die Arbeiter durchgesetzt haben, gefährden durch die drohende Militarisierung der Betriebe nach französischem Muster. Wir sehen ja im „freien“ Frankreich und England, daß die Arbeiter der militarisierten Betriebe nicht nur unter Militärgefehen stehen, sondern auch um 9 Uhr abends nicht mehr auf die Straße gehen dürfen, wenn sie keinen Erlaubnisschein haben. Das Gerüchte und Gesäufel, wir seien Regierungssozialisten, ist natürlich nicht ohne Erfolg geblieben bei leichtgläubigen Menschen. Käme es aber zu einer Militarisierung der Betriebe, dann müßten sich die Arbeiter dafür bei denen bedanken, die ihnen in gewissenloser Weise schlechte Ratschläge gegeben haben.“

Außer der Friedensresolution wurden noch folgende

Beschlüsse

gefaßt:

Die Schwierigkeiten der Volksernährung konnten ihren jetzigen Höhegrad nur erreichen, weil die Vorschläge der Arbeitervertreter im Ernährungsbeirat und die Forderungen der Sozialdemokratie nicht die nötige Beachtung gefunden haben. Pflicht der Reichsregierung ist es, nunmehr mit fester Entschlossenheit die Beschlagnahme aller bei den angeordneten Revisionen im Lande ermittelten überschüssigen Nahrungsmittel durchzuführen, jede Veräußerung der zahlungsfähigen Volksteile, den Waucher und den Salzhandel rückwärtslos zu unterbinden, die Ersatzlebensmittel für die Herabsetzung der Protration sofort und regelmäßig zu liefern. Der Parteiausschuß empfiehlt die Einsetzung einer Kommission, die die Aufgabe hat:

1. die Materien abzugrenzen, deren Regelung der Reichsgesetzgebung und deren Regelung der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben soll;
2. die Richtlinien für die von den einzelnen Landtagen bei der Neuordnung einschlagende Politik aufzustellen.

Die Kommission besteht aus Vertretern der Reichstagsfraktion und Vertretern der Landtagsfraktionen der größeren Bundesstaaten. Sie hat dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

Nach Abschluß der formellen Verhandlungen nahm Dr. Victor Adler, der Führer der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs, das Wort und erklärte:

„Wir sind hierher gekommen, um uns zunächst zu informieren, ob man etwas für den Frieden machen kann. Ein glücklicher Zufall hat uns Gelegenheit gegeben, mit einem größeren Kreis von deutschen Genossen hier wieder in Fühlung zu treten, und wir danken Ihnen allen für Ihren freundlichen Empfang. Ueberaus erfreut sind wir, daß Sie diese Resolution einstimmig gefaßt haben. Wir mischen uns nicht in ihre häuslichen Angelegenheiten — und damit meine ich nicht die Nichtigkeiten, sondern die Demokratisierung — das ist Eure Sache. Der zweite Teil aber ist eine gemeinsame Sache und ist die Sache, die uns allen jetzt fast ausschließlich am Herzen liegt. Wir alle empfinden die Pflicht, das Neueste zu tun, um auch nur das Kleinste dazu beizutragen, und daß wir nicht das Risiko scheuen, daß wir etwa etwas tun, was nicht zum Ziele führt; aber daß wir selbst auf die Gefahr hin, etwas zu tun, was die Anstrengungen vielleicht nicht lohnt, doch nicht versäumen, was wir tun können, dieser Gedanke ist in uns allen lebendig. Die Welt hat sich geändert. Was hat man früher von unserem angeblichen Größenwahn gesprochen — heute hat man zu uns Vertrauen und setzt auf uns Hoffnungen, die größer sind als was wir als vernünftige und unsere Lage ruhig überlegende, unsere Kraft abmessende Menschen vielleicht zu leisten imstande sind. Trotz der bekannten Schwierigkeiten, auch in unserer kleinen österreichischen Internationalen, spreche ich gewiss im Namen aller österreichischen und ungarischen Genossen, wenn ich sage, daß wir jetzt alles daran setzen müssen, um den Frieden vorzubereiten. Ich erkläre feierlich, daß wir mit jedem Wort in dieser Resolution einverstanden sind, daß wir uns ihr voll anschließen und daß wir wünschen, daß sie als ein gemeinsamer Ausdruck aller deutschen, österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten erscheint. Was wir am ehesten jetzt noch für den Frieden leisten können, ist natürlich, Füh-

lung zu suchen mit unseren Freunden unter den Feinden. Außerdem aber habe wir es mit unseren Regierungen zu tun, von denen wir fordern, daß sie einen klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik aussprechen. Sie kennen die letzten Erklärungen Bethmanns und Czernins, mit dem wir vor unserer Abreise gesprochen haben. Ich kann erklären, daß bei uns bis zum Kaiser, die eiserne Notwendigkeit erkannt wird, zum Frieden bereit zu sein.“

Die Erklärung der deutschen Sozialdemokratie.

N. Berlin, 21. April. (Priv.-Tel.) Das, was am Freitag und Donnerstag dieser Woche der Parteiausschuß und Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Anwesenheit österreichischer und ungarischer Parteigenossen als Gäste beraten und beschlossen haben, das ist in der Hauptsache, namentlich soweit es sich auf die Herbeiführung des Friedens und die Bedingungen, unter denen sie erfolgen soll, bezieht, eine Antwort auf die Beschlüsse des russischen Arbeiter- und Soldatenrates. Es sollte die gefaßte Resolution sogar nach einer während der Beratung gegebenen Anregung direkt an den „Rat der Arbeiter und Soldaten in Petersburg“ adressiert werden. Das ist dann unterblieben, aber die Resolution trägt durchaus den Charakter einer Antwort an diesen Arbeiter- und Soldatenrat. Sie richtet sich außerdem natürlich an die internationale Sozialdemokratie, d. h. die Sozialdemokratie der feindlichen und neutralen Länder, ganz gleich, wie man zu diesen Beschlüssen steht, die ja, wie die „Kreuzzeitung“ nebenbei hervorhebt, eigentlich nicht überraschend sind, so ist doch jedenfalls das wichtigste die Frage: Wie werden diese Beschlüsse und insbesondere das Einverständnis mit dem russischen Soldaten- und Arbeitererrat, daß ein gemeinsamer Friede ohne Annexionen und Kriegsentschuldigungen erfolgen müsse, auf die Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern wirken? Wird dadurch der Friedenswille oder der Amani vom Herrn in den Feinden unserer Feinde erweckt, und sobald er schon bestehen sollte, vermehrt werden? Das ist das primäre Motiv.

Die Resolution der deutschen Sozialdemokratie erhält ihre Bedeutung erst durch die praktischen Erfolge, die sie in den feindlichen Ländern haben wird. Dann wird sich beurteilen lassen, ob sie dem Frieden genügt hat, oder ob sie eine dem Programm der Sozialdemokratie entsprechende neue Rundgebung zu manchen früheren war. Nebenbei bemerkt, der holländische sozialdemokratische Führer Troelstra hat in seinem jüngsten Interview weniger programmatisch als praktisch erklärt: Der Friede könne nur durch Tatsachen herbeigeführt werden; diese Tatsachen sind die militärische Lage eines jeden Landes und die Verhältnisse der Staaten zueinander.“ Und er hat auch weiter anerkannt, daß die russischen Sozialisten vorläufig nicht abrücken können, sondern ein lebhaftes patriotisches Interesse haben, seitdem Rußland demokratisch ist.

In den hiesigen Abendblättern, von denen manche linksstehende sich mit der Resolution der deutschen Sozialdemokratie noch nicht beschäftigen, tritt die naheliegende Einsicht, daß das wichtigste in dieser Resolution ihre im Voraus nicht zu beurteilende praktische Wirkung sein wird, gar nicht hervor. Das „Berliner Tageblatt“, das im allgemeinen mit der Resolution einverstanden ist, meint doch, man könne gewiß verschiedener Meinung darüber sein, ob sich der schwierige und umfassende Komplex der Friedensfrage etwas einfacher lösen lassen werde, als es die Resolution veruche, und ob die Grundlagen des Friedens dem sozialdemokratischen Programm entsprechen werden, oder ob, wie das genannte Blatt meint, ein Ausgleichs-, Geschäfts- oder Verständigungsfriede erstrebt werden müsse. Die Mehrzahl der anderen Blätter, alle die konservativen und alldeutschen Organe, mit alleiniger Ausnahme der „Post“, die sich mit einem Bericht begnügt, behandeln in zum Teil leidenschaftlicher Sprache und ohne auf die Verständigungsrede, die Scheidemann gehalten hat, einzugehen, die Resolution wie eine Art Herausforderung oder Kriegserklärung gegen Reich und Staat, als eine Annäherung sondergleichen, als den Versuch, das deutsche Volk und die deutsche Regierung zu einem ungünstigen Frieden zu bringen. Von „wahnwitziger Verblendung“ sprach eines dieser Blätter, von der „Ausspflanzung eines Geistesgiftes vor der Monarchie und der monarchischen Regierung in Deutschland“ ein anderes. Auch nach Hindenburg wird gerufen. Das alles sind Blätter, die bisher reichlich zwei Jahre lang diejenigen Organisationen und Agitationen unterstützt haben, die die bekannnten weitgehenden Kriegsziele mit Anmerkungen im Osten und Westen unter rücksichtsloser Bekämpfung jeder anderen Meinung vertreten. Für sie bildet jetzt die von der Sozialdemokratie beschlossene Resolution das Signal zu einem mit neuer Ecmutung unternommenen Angriff gegen einen Friedensschluß, der durch Verständigung herbeigeführt würde. Wie sagt Troelstra? „Der Friede kann nur durch Tatsachen herbeigeführt werden. Diese Tatsachen sind die militärische Lage jedes Landes, und die Verhältnisse der Staaten zueinander.“